



Gemeinde Walluf

Beschlussvorlage

- öffentlich -

VL-78/2026

Fachbereich	Öffentliche Sicherheit, Recht, Personal und Soziales
Sachbearbeiter	Daniela Cain
weitere Sachbearbeiter	Schläger, Nicole
Datum	04.08.2026

Beratungsfolge	Termin
Gemeindevorstand der Gemeinde Walluf	10.08.2026
Ausschuss für Familie, Soziales und Kultur	12.08.2026
Haupt - und Finanzausschuss	25.08.2026
Gemeindevertretung der Gemeinde Walluf	03.09.2026

Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments in der Gemeinde Walluf sowie dauerhafte Verankerung der Jugendbeteiligung unter aktiver Mitwirkung aller Wallufer Fraktionen

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkung vorhanden	Ja
Haushaltsmittel vorhanden	Nein
Art der Ausgabe (ÜPL/APL/Deckungskreis)	Außerplanmäßig
Sachkonto	Kostenstelle

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Walluf beschließt:

1. In der Gemeinde Walluf wird ein Kinder- und Jugendparlament als dauerhaftes Gremium der kommunalen Jugendbeteiligung eingerichtet.
2. Die Gemeinde Walluf verfolgt mit der Einrichtung des Kinder- und Jugendparlaments das Ziel, Kinder und Jugendliche frühzeitig, sichtbar und wirksam in kommunale Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen und ihnen eine verlässliche Möglichkeit der Mitwirkung an Angelegenheiten ihres unmittelbaren Lebensumfeldes zu eröffnen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die konzeptionellen, organisatorischen und strukturellen Voraussetzungen für die Einrichtung des Kinder- und Jugendparlaments zu erarbeiten und die Umsetzung vorzubereiten.
4. Die Erarbeitung des Konzepts soll in enger Abstimmung mit dem Gemeindevorstand, den Wallufer Fraktionen, den zuständigen politischen Gremien, Schulen, Vereinen sowie weiteren örtlichen Akteurinnen und Akteuren erfolgen.
5. Die Gemeindevertretung stellt ausdrücklich fest, dass die erfolgreiche Einrichtung und dauerhafte Etablierung des Kinder- und Jugendparlaments nicht allein Aufgabe der Verwaltung ist, sondern die aktive Mitwirkung und politische Unterstützung aller Wallufer Fraktionen erfordert.
6. Die Fraktionen werden daher aufgefordert, sich in den Aufbauprozess aktiv einzubringen, Ansprechpersonen zu benennen, den Dialog mit jungen Menschen zu fördern und die

Anbindung des Kinder- und Jugendparlaments an die kommunalpolitische Praxis mitzugestalten.

7. Die Bewerbung der Gemeinde Walluf für das Programm „Jugend entscheidet“ der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung wird ausdrücklich begrüßt.
8. Im Falle einer Förderzusage sind die Fördermittel zweckgebunden für den Aufbau des Kinder- und Jugendparlaments, für Beteiligungs- und Informationsformate, Moderation, Öffentlichkeitsarbeit, Qualifizierungsmaßnahmen sowie weitere organisatorische Maßnahmen im Rahmen der Etablierung einzusetzen.
9. Für den dauerhaften Betrieb des Kinder- und Jugendparlaments wird ab dem Haushaltsjahr 2027 ein jährlicher Haushaltsansatz vorgesehen. Die konkrete Mittelbereitstellung erfolgt im Rahmen der Haushaltsberatungen.
10. Die Verwaltung berichtet den zuständigen Gremien regelmäßig über den Stand des Aufbaus, die konzeptionelle Entwicklung und nach der Einrichtung über die Tätigkeit des Kinder- und Jugendparlaments.

Sachverhalt:

Die Gemeinde Walluf beabsichtigt, ein Kinder- und Jugendparlament einzurichten, um Kinder und Jugendliche künftig systematischer, verbindlicher und nachhaltiger in die kommunale Willensbildung einzubeziehen. Hierdurch soll eine dauerhafte Beteiligungsstruktur entstehen, die den Interessen, Sichtweisen und Ideen junger Menschen in Walluf einen festen Platz in der kommunalpolitischen Praxis einräumt.

Kinder und Jugendliche sind ein wesentlicher Teil der örtlichen Gemeinschaft. Sie erleben ihren Wohnort aus einer eigenen Perspektive, nutzen öffentliche Räume, Freizeitangebote, Schulwege, Sportstätten, Treffpunkte und kulturelle Angebote in besonderer Weise und nehmen Bedarfe häufig sehr konkret wahr. Eine zukunftsorientierte Gemeindeentwicklung sollte diese Perspektiven nicht nur punktuell abfragen, sondern strukturell berücksichtigen.

Gerade zu Beginn der neuen Legislaturperiode bietet sich für die Gemeinde Walluf die besondere Chance, die Jugendbeteiligung nicht nur punktuell weiterzuentwickeln, sondern sie mit der Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments dauerhaft, sichtbar und verbindlich in der kommunalpolitischen Arbeit zu verankern.

Die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments ist deshalb ein konsequenter Schritt hin zu mehr demokratischer Teilhabe auf kommunaler Ebene. Das Programm „Jugend entscheidet“ unterstützt Kommunen dabei, Jugendliche unmittelbar in kommunalpolitische Entscheidungen einzubeziehen und sieht eine fachliche Prozessbegleitung vor. Die Gemeinde Walluf hat sich für diese Förderung beworben. Nach den von der Gemeinde zugrunde gelegten Förderinformationen soll im Falle einer Förderzusage ein Sachkostenzuschuss in Höhe von 6.000 Euro für den Aufbau des Kinder- und Jugendparlaments eingesetzt werden.

Unabhängig vom Ausgang des Förderverfahrens besteht das klare kommunalpolitische Ziel, Jugendbeteiligung in Walluf dauerhaft auszubauen und verlässlich zu verankern. Die Gründung eines Kinder- und Jugendparlaments ist sowohl demokratiefördernd als auch gemeindeentwicklungsrelevant. Jugendliche sollen nicht lediglich Adressaten kommunaler Entscheidungen sein, sondern im Rahmen geeigneter Beteiligungsstrukturen auch selbst an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes mitwirken können.

Für Walluf eröffnet dies mehrere Chancen. Zum einen können Bedarfe und Anregungen junger Menschen frühzeitig erkannt und in politische Prozesse eingespeist werden. Zum anderen stärkt ein solches Gremium die Identifikation junger Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrer Gemeinde, fördert Verantwortungsbewusstsein und kann langfristig das Interesse an demokratischem Engagement stärken.

Darüber hinaus ist die Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments ein wichtiges Signal nach innen und außen. Gerade zu Beginn der neuen Legislaturperiode bietet sich die Möglichkeit,

Jugendbeteiligung von Anfang an als festen Bestandteil der kommunalpolitischen Arbeit in Walluf mitzudenken, politisch mitzutragen und verbindlich zu verankern. Walluf kann damit deutlich machen, dass die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen ernst genommen werden und dass Beteiligung nicht bloß punktuell oder symbolisch erfolgen soll.

Gerade vor diesem Hintergrund ist die Unterstützung aller Wallufer Fraktionen von besonderer Bedeutung. Ein Kinder- und Jugendparlament kann nur dann erfolgreich arbeiten, wenn die jungen Menschen erleben, dass ihre Anliegen politisch wahrgenommen, beraten und ernsthaft geprüft werden. Dazu bedarf es einer fraktionsübergreifenden Haltung, die das Vorhaben als gemeinsames Projekt der Gemeinde versteht und nicht allein als Verwaltungsmaßnahme.

Die Fraktionen tragen deshalb eine besondere Mitverantwortung für das Gelingen des Vorhabens. Sie wirken daran mit, den jungen Menschen Wege in die Kommunalpolitik zu eröffnen, Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bereitzustellen, Austauschformate zu ermöglichen und eine glaubwürdige Brücke zwischen Jugendbeteiligung und kommunalpolitischer Praxis zu schaffen. Nur wenn Politik und Verwaltung gemeinsam handeln, kann ein Beteiligungsgremium entstehen, das von jungen Menschen als ernst gemeint, relevant und wirksam wahrgenommen wird.

Einbindung der Fraktionen

Die Beteiligung sämtlicher Wallufer Fraktionen ist für Aufbau und dauerhafte Etablierung des Kinder- und Jugendparlaments ausdrücklich erforderlich. Das gilt sowohl für die konzeptionelle Phase als auch für die spätere Begleitung des Gremiums.

Von den Fraktionen wird erwartet, dass sie den Aufbau des Kinder- und Jugendparlaments aktiv unterstützen, seine Anliegen konstruktiv begleiten und den Austausch mit den jungen Vertreterinnen und Vertretern suchen. Dies umfasst insbesondere:

- die frühzeitige Einbringung in die konzeptionelle Entwicklung,
- die Benennung von Ansprechpersonen innerhalb der Fraktionen,
- die Mitwirkung an gemeinsamen Informations- und Austauschformaten,
- die offene Beratung von Anregungen und Vorschlägen des Kinder- und Jugendparlaments in den politischen Gremien,
- sowie das gemeinsame politische Signal, dass Jugendbeteiligung in Walluf gewollt, erwünscht und politisch getragen ist.

Gerade diese politische Mitwirkung ist entscheidend. Kinder und Jugendliche erkennen sehr schnell, ob Beteiligung ernst gemeint ist oder ob sie lediglich einen symbolischen Charakter hat. Ein von allen Fraktionen mitgetragenes Kinder- und Jugendparlament kann hingegen Vertrauen schaffen, demokratische Prozesse erlebbar machen und den jungen Menschen vermitteln, dass ihre Stimme in Walluf tatsächlich zählt.

Finanzielle Auswirkungen

Nach den von der Gemeinde zugrunde gelegten Förderinformationen soll im Falle einer Förderzusage ein Sachkostenzuschuss in Höhe von 6.000 Euro für den Aufbau des Kinder- und Jugendparlaments zur Verfügung stehen. Zusätzlich ist eine fachliche Prozessbegleitung vorgesehen, die den Aufbau und die Entwicklung eines tragfähigen Beteiligungskonzeptes unterstützen kann.

Für eine nachhaltige Verankerung reicht eine einmalige Förderung jedoch nicht aus. Ein Kinder- und Jugendparlament benötigt auch über die Aufbauphase hinaus personelle, organisatorische und finanzielle Unterstützung. Deshalb ist vorgesehen, ab dem Haushaltsjahr 2027 einen jährlichen Haushaltsansatz einzustellen, aus dem insbesondere Sachkosten, Beteiligungsformate, kleinere Projekte, Öffentlichkeitsarbeit, Qualifizierungsangebote und gegebenenfalls externe Unterstützungsleistungen finanziert werden können.

Weiteres Vorgehen

Nach einer positiven Beschlussfassung ist ein Konzept für die konkrete Ausgestaltung des Kinder- und Jugendparlaments zu erarbeiten. Dabei sind insbesondere Fragen der Zielgruppe, der Altersstruktur, des Wahl- oder Auswahlverfahrens, der Sitzungsformate, der Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten, der Begleitung sowie der Rückkopplung in die gemeindlichen Gremien zu klären.

Ziel muss es sein, ein praktikables, transparentes und niedrigschwelliges Beteiligungsformat zu schaffen, das einerseits Verlässlichkeit bietet und andererseits genügend Offenheit für die Themen und Anliegen junger Menschen lässt. Zugleich ist frühzeitig eine begleitende Kommunikation gegenüber Schulen, Vereinen, Eltern, Jugendlichen und der Öffentlichkeit vorzubereiten.

Nikolaos Stavridis, Bürgermeister